



Geschäftsführung Liegenschaftsausschuss

Frau Lesser

Telefon: (0221) 221-23074

Fax: (0221) 221-24500

E-Mail: gerhild.lessner@stadt-koeln.de

Datum: 15.02.2016

Niederschrift

über die **Sitzung des Liegenschaftsausschusses** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 21.01.2016, 16:36 Uhr bis 17:47 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theodor-Heuss-Saal, Raum-Nr. A 119

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Jörg Frank	GRÜNE	
Frau Teresa De Bellis-Olinger	CDU	
Herr Rafael Christof Struwe	SPD	
Frau Inge Halberstadt-Kausch	SPD	Vertreterin für RM Frenzel
Herr Malik Karaman	SPD	
Frau Birgit Gordes	CDU	
Frau Sabine Pakulat	GRÜNE	
Herr Michael Weisenstein	DIE LINKE	
Herr Ralph Sterck	FDP	

Beratende Mitglieder

Herr Matthias Büschges	AfD
------------------------	-----

Verwaltung

Frau Beigeordnete Ute Berg	Dezernat Wirtschaft und Liegenschaften
Herr Detlef Fritz	Leiter Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster
Herr Bernd Kiefer	Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster
Herr Wolfgang Wilhelms	Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster
Herr Ulrich Heimbach	Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster
Herr Robert Lewin	Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster
Herr Detlef Zipter	Amt für Liegenschaften, Vermessung und Kataster
Herr Dr. Günter Bell	Behindertenbeauftragter
Herr Thomas Schneider	Sportamt

Schritfführerin

Frau Gerhild Lesser

Zuschauer

Vor Eintritt in die Tagesordnung schlägt der Ausschussvorsitzende vor, den Tagesordnungspunkt

10.9.1 Stärkung des Mietwohnungsbaus
3488/2015

mit dem Änderungsantrag

Stärkung des Mietwohnungsbaus, Rabattierung zwecks Mietpreisgarantie
AN/0170/2016

als neuen Tagesordnungspunkt 1.5 im öffentlichen Teil zu behandeln. Der Liegenschaftsausschuss stimmt diesem Vorschlag zu.

Weiterhin schlägt der Ausschussvorsitzende vor, den Änderungsantrag zu

12.1.1 Verlängerung des Mietvertrags Hochbunker Marktstraße bis zum 31.12.2020
AN/0181/2016

als TOP 5.1 auf die Tagesordnung zu nehmen und zusammen mit

12.1 Verlängerung des Mietvertrags zwischen der Stadt Köln und dem Schützen-Verein Köln-Bayenthal e.V. für den Hochbunker Marktstraße (hinter) 8 in Köln-Raderberg
3726/2015

zu beraten. Der Liegenschaftsausschuss stimmt diesem Vorschlag zu.

Im Übrigen ist der Liegenschaftsausschuss mit der Beratung der verfristeten und als Tischvorlage überreichten Vorlagen einverstanden und beschließt folgende Tagesordnung:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Vorlagen / Mitteilungen

1.1 Stellungnahme der Verwaltung zur Resolution der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik: „Barrierefreies Wohnen“
3518/2015

1.2 Barrierefreies Wohnen
hier: Appell der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an das Land NRW
0787/2015

1.3 Neubestellung der nicht dem Rat angehörenden Mitglieder des Umlegungsausschusses der Stadt Köln
3379/2015

1.4 Verhandlungen über die Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung des Landes NRW in Köln
3776/2015

1.5 Stärkung des Mietwohnungsbaus
Rabattierung zwecks Mietpreisgarantie
3488/2015

Änderungsantrag zu Stärkung des Mietwohnungsbaus, Rabattierung zwecks Mietpreisgarantie
AN/0170/2016

2 Gleichstellungsrelevante Themen

I. Öffentlicher Teil

1 Vorlagen / Mitteilungen

1.1 Stellungnahme der Verwaltung zur Resolution der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik: „Barrierefreies Wohnen“ V/5001/2 3518/2015

Mitteilung:

Stellungnahme der Verwaltung zur Resolution der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik: „Barrierefreies Wohnen“

Die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik hat in ihrer Sitzung am 26.02.2015 die Resolution „Barrierefreies Wohnen“ beschlossen.

Die Resolution wurde als Vorlage 0790/2015 von den Fachausschüssen Ausschuss Soziales und Senioren, Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen, Vergabe, Internationales und Liegenschaftsausschuss unterstützt und die Verwaltung wurde beauftragt darzulegen, ob und ggf. wie diese Forderungen umgesetzt werden können.

Der Stadtentwicklungsausschuss hat die Vorlage mit dem Zusatz beschlossen, dass das Wohnungsbauforum hinzuzuziehen ist.

Die Verwaltung nimmt zu den Forderungen der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Stellung. Zudem werden die Stellungnahmen der GAG Immobilien AG und der Wohnungsgesellschaft der Stadtwerke Köln mbH wiedergegeben. (Anlage)

Die Mitteilung wird auch dem Wohnungsbauforum zur Kenntnis gegeben.

Abstimmungsergebnis:

Kenntnis genommen

1.2 Barrierefreies Wohnen hier: Appell der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an das Land NRW 0787/2015

Beschluss:

Der Liegenschaftsausschuss beschließt folgende Empfehlung an den Rat:

„Der Rat möge beschließen:

Der Rat schließt sich dem Appell der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik an das Land NRW (siehe Anlage) mit folgenden Änderungen an:

Der Appell an die Landesregierung ist um die Stellungnahme der Verwaltung zur Resolution der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik: „Barrierefreies Wohnen“ (3518/2015) zu ergänzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig empfohlen

1.3 Neubestellung der nicht dem Rat angehörenden Mitglieder des Umlegungsausschusses der Stadt Köln
234/1
3379/2015

RM Frank bittet um Erläuterungen zu den Aufgaben und zur Zusammensetzung des Umlegungsausschusses.

Herr Wilhelms, Geschäftsführer des Umlegungsausschusses der Stadt Köln nimmt wie folgt Stellung:

Der Umlegungsausschuss ist ein sondergesetzlicher Ausschuss nach dem Baugesetzbuch, §§ 45 ff. Umlegung ist ein gesetzlich geregeltes Grundstückstauschverfahren, welches regelmäßig angewendet wird, sobald die Strukturen eines Bebauungsplanes mit den Eigentümerstrukturen vor Ort nicht übereinstimmen. Mit einem Umlegungsverfahren können u.a. Eigentumsgrenzen verändert werden, um den Bebauungsplan letztendlich verwirklichen zu können. Die Entscheidung des Umlegungsausschusses mittels Beschluss ist grundsätzlich ein Verwaltungsakt. Es ist Bestreben in der Umlegung, möglichst einvernehmliche Regelungen mit den Grundstückseigentümern zu erzielen. Beispiele für aktuell größere Umlegungsverfahren im Stadtgebiet sind Sürther Feld und Poller Damm.

Zu den Personen der nicht dem Rat angehörenden Mitglieder des Umlegungsausschusses der Stadt Köln laut Vorlage im Einzelnen:

Vorsitzender und stellvertretende Vorsitzende verfügen über die Befähigung zum Richteramt. Die übrigen Personen unter 2. und 3. verfügen über die erforderliche Befähigung gemäß § 4 der Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuches entweder zum höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst, als Öffentlich bestellte Vermessungsingenieure oder als Sachverständige für die Ermittlung von Grundstückswerten.

Alle vorgeschlagenen Personen stehen in keinem Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis mit der Stadt Köln. Dies wäre im Übrigen gemäß § 4 Abs. 1 der Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuches ein Ausschlusskriterium

Beschluss:

Der Liegenschaftsausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

Der Rat bestellt gemäß §§ 4 und 5 der Verordnung zur Durchführung des Baugesetzbuches vom 07.07.1987 (GV NRW S. 220) in der derzeit gültigen Fassung für die am 01.04.2016 beginnende 15. Amtsperiode des Umlegungsausschusses der Stadt Köln nachstehend aufgeführte, nicht dem Rat angehörende Mitglieder:

1. a) Herrn Franz Muschkiet zum Vorsitzenden des Umlegungsausschusses der Stadt Köln
b) Frau Michaela Drescher zur stellvertretenden Vorsitzenden des Umlegungsausschusses der Stadt Köln
2. a) Herrn Heinrich Roggendorf als Sachverständigen für die Ermittlung von Grundstückswerten des Umlegungsausschusses der Stadt Köln
b) Herrn Jürgen Späker als dessen Stellvertreter

3. a) Herrn Thomas Merten als zum höheren vermessungstechnischen Verwaltungsdienst befähigtes Mitglied
- b) Herrn Peter Dübbert als dessen Stellvertreter

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig empfohlen

**1.4 Verhandlungen über die Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung des Landes NRW in Köln
I/323/1
3776/2015**

Beschluss:

Der Liegenschaftsausschuss empfiehlt dem Rat die Annahme des folgenden Beschlussvorschlages:

1. Der Rat beschließt, der Bezirksregierung Köln für die Dauer von fünf Jahren das sog. Hufeisengrundstück in Köln-Marsdorf zur Errichtung einer Erstaufnahmeeinrichtung (EAE) für die kurzfristigen Erstaufnahme von 1500 Flüchtlingen in der Verantwortung des Landes NRW zu überlassen (siehe Lageplan, Anlage 1).

Nach den derzeit laufenden Abstimmungen des Landes wird das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zur Beschleunigung der Verfahren auf dem Grundstück eine Nebenstelle einrichten.

2. Der Rat genehmigt den Entwurf des öffentlichen-rechtlichen Vertrages gemäß Anlage 2.
3. Die Stadt unterstützt das Land NRW bei den Aufgaben der EAE durch die Übernahme der Registrierung durch die Zentrale Ausländerbehörde Köln (ZAB Köln). Die ZAB Köln setzt dabei ggf. Fremdpersonal gegen Kostenerstattung mit ein.
4. Die Stadt wird ermächtigt, bei Bedarf auf diesem Grundstück der Erstaufnahmeeinrichtung eine Clearingstelle für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge einzurichten.
5. Der Rat empfiehlt der Bezirksregierung Köln, die Tätigkeit von freiwilligen Helferinnen und Helfern in der vorgesehenen Kleiderkammer der EAE zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig empfohlen

1.5 Stärkung des Mietwohnungsbaus Rabattierung zwecks Mietpreisgarantie 3488/2015

RM Frank erklärt, dass seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch Klärungsbedarf besteht und daher die Angelegenheit in der heutigen Sitzung nicht abschließend beraten werden kann. Er stellt fest, dass die Vorlage zusammen mit der angekündigten Vorlage zum Thema Konzeptvergabe beraten werden sollte. Er fragt, wann mit der Vorlage „Konzeptvergabe“ zu rechnen ist.

Herr Fritz erläutert, dass die angekündigte Vorlage vom Amt für Stadtentwicklung und Statistik erstellt wird und er daher nicht genau sagen könne, wann diese fertig gestellt ist.

RM Frank schlägt vor, die Vorlage und den Änderungsantrag der SPD-Fraktion zurückzustellen und im Rahmen der Konzeptvergabe zu behandeln.

Frau BG Berg erklärt, dass die Verwaltung die Vorlage zurückzieht.

Beschluss:

Die Verwaltung zieht die Vorlage zurück.

Änderungsantrag zu Stärkung des Mietwohnungsbaus, Rabattierung zwecks Mietpreisgarantie

Beschluss: Die Beratung über den Änderungsantrag wird zurückgestellt

2 Gleichstellungsrelevante Themen

gez. RM Jörg Frank
Ausschussvorsitzender

gez. Gerhild Lesser
Schriftführerin